

Live and let die - A systems biology view on cell death.

Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der laufenden Dienstleistungen im Umfragebereich wird in dem Beitrag über quasi-experimentelle Versuchspläne berichtet, die, im Gegensatz zu im Labor durchgeführten Experimentalplänen, zwar keine lückenlose, so doch eine annähernd vollständige Kontrolle der unabhängigen Variablen ermöglichen. Zunächst wird ein Überblick über die verschiedenen Fragestellungen gegeben, denen in den Studien nachgegangen wird. Folgende Problemkreise werden aufgegriffen: Ausschöpfung, Fragebogenumfang und Fragenabfolge, Fragebogenkonstruktion und Wortwahl, unangenehme bzw. heikle Fragen, Frageformulierung und Antwortverhalten, Kontexteffekte, Definitionseffekte bei Einstellungsskalen und Einfluß kategorialer Antwortvorgaben. Dann werden erste Ergebnisse zu zwei Teilfragestellungen des Gesamtprojekts vorgestellt. Zum einen geht es um den Aspekt der Fragenkonstruktion und der Formulierung. Dabei wird durch die methodische Replikation zur Vorfilterung Meinungsloser und zum verbieten/erlauben-Phänomen an bisherige Forschungstraditionen angeknüpft, um in der Diskussion der Ergebnisse alternative Erklärungshypothesen und Vorschläge zu weiteren Arbeiten zu bieten. Zum zweiten geht es um den Einfluß kategorialer Antwortvorgaben auf Verhaltensberichte und nachfolgende Einstellungsmessungen. Dabei wird auf der Grundlage theoretischer Überlegungen eine praktische Fragestellung der Umfrageforschung experimentell überprüft, um damit die Verbindung zwischen psychologischer Theorie und praxisnahen Problemen herzustellen. Mit den geschilderten Experimenten wird verdeutlicht, daß die Breite von Kategorievorgaben zur Erfassung quasi-objektiver Daten einerseits die Berichte der Probanden über ihr Verhalten und andererseits ihre nachfolgenden Urteile zu verwandten Fragen beeinflussen kann. Außerdem wird gezeigt, daß Einflüsse dieser Art im Kontext allgemeiner Theorien der sozialen Informationsverarbeitung prognostizierbar sind. (RW)

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird

schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es